Sehr geehrte Herren,

Wir gestatten uns, auf die Beteiligung einer aus den drei schweizerischen Grossbanken gebildeten Bankengruppe am neuen Stand-by-Kredit zugunsten des Banco Central de la Republica Argentina in Buenos Aires sowie auf die Uber diese Frage mit der Kreditanstalt als der federführenden Bank gewechselte Korrespondenz und die seinerzeit geführten Gespräche zurückzukommen.

Gegenstand unseres Gedanken austausches hatte namentlich der Wunsch der Bankengruppe gebildet, für die schweizerische Tranche in der Höhe von 9 Millionen Dollar eine Bundesgarantie für 75% von Kapital und Zinsen zu erhalten. Dabei erschien seitens ihrer Bankengruppe vor allem die Uberlegung wegweisend, dass ein vornehmlich währungspolitischer Kredit von der Art des vorliegenden im Grunde nicht Sache der Handelsbanken sei, sondern eigentlich dem Bund obliege.

Wir hatten demgegenüber u.a. darauf hingewiesen, dass beim heutigen Stand unserer Gesetzgebung vor Gewährung einer Bundesgarantie die Genehmigung der eidg. Räte einzuholen wäre, die zu diesem Zweck mit einer Botschaft befasst werden müssten; dies würde erfahrungsgemäss nicht nur eine langwierige Prozedur von mindestens einem Jahr bedingen, sondern den Bundesrat ausserdem nötigen, den Räten das Bedürfnis Argentiniens nach einem Beistands-

Ihre Bankengruppe hat sich unter diesen Umständen mit Rücksicht auf die argentinischen Wünsche entschlossen, das Kreditabkommen mit der Argentinischen Zentralbank zwar am 7. Juni d.J. in Buenos Aires zu unterzeichnen, dabei aber vorerst nur 25% des Betrages verfügbar zu machen, während die restlichen 75%, für welche die Bundesgarantie anbegehrt worden war, vorläufig auf Depotkonto gesperrt bleiben sollen. Da Argentinien nach Übereinstimmenden Informationen den Kredit offensichtlich nicht sofort benötigt und möglicherweise nicht einmal gesamthaft beanspruchen wird, schien eine solche Lösung fürs erste akzeptabel. Wir hatten aber gemeinsam schon damals in Aussicht genommen, im Herbst auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Der Zeitpunkt dazu dürfte nunmehr gekommen sein. Argentinien ist für unser Land in der Tat nicht nur in der Vergangenheit ein bedeutsamer Partner gewesen, wo noch gewichtige schweizerische Interessen weiter bestehen, sondern bietet auch für die Zukunft


Ein solcher Einbezug wäre natürlich mit der nachträg- lichen Erhebung einer Garantiegebühr des Bundes, analog zu der seinerzeit beim Stand-by-Kredit an Brasilien berechneten Gebühr, verbunden; dies bedeutet, dass die Garantiegebühr des Bundes wiederum nach den für die Exportrisikogarantie geltenden Regeln im


"Die Investitionariskogarantie wird es auch ermöglichen, Garantien für Leihkapitalhingaben zur Finanzierung von Aufträgen zu erteilen, die im Rahmen der Exportrisikogarantie bisher nicht gedeckt werden konnten, für die sich aber doch ein ständig steigendes Bedürfnis gezeigt hat. Zu erwähnen sind etwa Kredite für lokale Aufwendungen im Zusammenhang mit Warenlieferungen ... sowie Stand-by-Kredite privater Banken zur Weiterführung kommerzieller Zahlungen. Mit einer Investitionariskogarantie liese sich somit die schweizerische Finanzhilfe in einer Weise ausbauen, die auch die Stellung unserer Wirtschaft in den Entwicklungsländern stärkt."

Der gleiche Gedanke ist im selben Schreiben weiter unten im Kommentar zu Art. 2 des Entwurfes über das fragliche Gesetz nochmals dargelegt.

Ganz besonders möchten wir aber heute darauf hinweisen, dass die Botschaft an die Bundesversammlung vom 7. Juli 1967 über die Gewährung eines Darlehens an die IDA dem Bundesrat Gelegenheit gab, sich auch generell zum Problem der Stand-by-Kredite zu äussern.
An die Feststellung anknüpfend, dass die Zahlungsbilanzschwierigkeiten der meisten Entwicklungsländer fortgesetzte Anstrengungen aller Länder erheischen, wird dort ausgeführt, dass sich der Bund in letzter Zeit veranlasst sah, verschiedene Massnahmen zu treffen oder in Aussicht zu nehmen, die geeignet erschienen, gewisse Formen der Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und ihren Partnern der dritten Welt elastischer und günstiger zu gestalten; daran anschliessend wirft der Bundesrat noch einen Blick in die Zukunft und führt dabei u.a. weiter aus:

"Es ist nicht ausgeschlossen, dass wir — wie dies schon einmal geschah — die Gewährung der Bundesgarantie für Stand-by-Kredite in Aussicht nehmen müssen, deren Bedingungen das normale Tätigkeitsgebiet der schweizerischen Handelsbanken übersteigen würden. Diese Kredite sind dazu bestimmt, den Entwicklungsländern bei der Überbrückung von vorübergehenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu helfen oder Währungser schöpfungen zu verstärken."

Die Konzeption, die in diesen Ausserungen des Bundesrates zum Ausdruck kommt, legt im Zeitpunkt unserer früheren Erörterungen des Stand-by-Kredites mit Argentinien noch nicht vor. Es handelt sich also um eine neue, in die Zukunft weisende Entwicklung, die Ihnen zeigt, dass man sich auch bei uns den spezifischen Charakter derartiger Kredite bewusst ist und danach strebt, dem Bundesrat in dieser Hinsicht grössere Bewegungsfreiheit einzuräumen. Wir hoffen, dass es Ihnen im Lichte dieser Erwägungen möglich sein wird, die Angelegenheit nunmehr im Sinne einer ad hoc-Regelung durch Freigabe des ganzen Kredits zugunsten Argentinens im gemeinsamen Interesse befriedigend zu lösen.

Sollten allenfalls weitere Erläuterungen benötigt oder eine neuerliche Unterredung gewünscht werden, so stehen wir Ihnen hiefür gerne zur Verfügung.

Wir versichern Sie, sehr geehrte Herren, unserer vorsätzlichsten Hochachtung.

Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement

Der Direktor der Handelsabteilung:

sig. Jolles